

## Gesundheit darf kein Luxus sein!

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Das Thema Gesundheit begleitet Menschen von der Wiege bis zur Bahre. Dementsprechend wichtig ist auch die Gesundheitspolitik. Durch technologischen Fortschritt werden immer mehr Krankheiten heilbar und die Lebenserwartung steigt. Doch moderne Technologie heißt auch, dass oftmals hohe Kosten entstehen. Umso wichtiger ist eine moderne Gesundheitspolitik, die einen hohen medizinischen Standard ermöglicht und gleichzeitig die anfallenden Kosten sozial gerecht auf alle Schultern verteilt. Denn technologischer Fortschritt ist nur dann wirklich Fortschritt, wenn auch der soziale Fortschritt Schritt halten kann.

### Gesundheit statt Profit!

Die bundesdeutsche Krankenkassenpolitik ist besonders auf Profit ausgelegt. Private aber auch gesetzliche Krankenkassen machen hohe Umsätze mit der Gesundheit ihrer Kund\*innen. Das darf so nicht sein! Jeder Mensch hat ein unveräußerliches Recht auf Gesundheit und dieses Recht darf nicht den Gesetzen des sogenannten freien Marktes unterworfen werden, wo sich die verschiedenen Anbieter\*innen preislich zu unterbieten versuchen und gleichzeitig hohe Profite auf Kosten der Patient\*innen einfahren. Privatpatient\*innen werden häufig überversorgt, was auch ein gesundheitliches Risiko bergen kann, während Kassenpatient\*innen um einiges länger auf Termine warten müssen und häufig weniger Zeit für eine gründliche Untersuchung zugesprochen bekommen. Deshalb fordern wir eine Bürger\*innenversicherung, in die alle Menschen abhängig von ihrem Einkommen einzahlen und mit der das Versicherungssystem insgesamt solidarischer gestaltet wird. Auch Kapitalerträge sollen über eine Steuer mit in diese Art der Versicherung fließen, um zu verhindern, dass eine bestimmte Gesellschaftsschicht sich weitgehend der solidarischen Finanzierung des Gesundheitssystems entzieht. Deshalb setzen wir uns auch gegen eine Beitragsbemessungsgrenze ein.

Um eine bessere medizinische Versorgung garantieren zu können, fordern wir die Ablösung des bisherigen Entlohnungssystems für Ärzt\*innen, welches sich an der Anzahl der Eingriffe orientiert. Stattdessen brauchen wir ein System, welches den Zeitaufwand der Behandlung und Betreuung der Patient\*innen vergütet. Der Mensch soll in den Mittelpunkt rücken, nicht Krankheit und Behandlung. Weiter fordern wir strengere gesetzliche Regelungen für Fortbildungsseminare und Kooperationen zwischen Pharmaunternehmen und Ärzt\*innen. Die bestmögliche Behandlung muss das Ziel sein, nicht der Absatz bestimmter Produkte einzelner Pharmaunternehmen.

## Recht auf gute Zähne!

Unsere Zähne sind ein wichtiger Teil unseres Lebens. Ihre Behandlung und Pflege sollte deshalb auch vollumfänglich durch die neue Bürger\*innenversicherung abgedeckt werden. Die Zahnbehandlung hängt aktuell stark von den finanziellen Mitteln der Patient\*innen ab. Hier ziehen sich die Krankenkassen aus der Verantwortung und sorgen damit - wie in vielen anderen medizinischen Bereichen auch - für eine zwei-Klassen-Behandlung. Denn nicht alle Menschen können sich aktuell teure Zahn-Reparaturen leisten, was zu Behandlungen mit schlechterer Qualität bis hin zur Verwendung von gesundheitsgefährdenden bzw. -bedenklichen Stoffen in der Behandlung führen kann. Das darf so nicht sein!

## Recht auf kostenlosen Zugang zu Verhütung!

Auch die Möglichkeit zur Verhütung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb fordern wir, dass die Kosten für Verhütung durch die neue Bürger\*innenversicherung übernommen werden. Weiter fordern wir die Aufklärung über Verhütungsmittel und ihre Verwendung stärker in Lehrplänen zu verankern. Hierbei sollen auch Verhütungsmethoden jenseits von Kondom und Pille thematisiert werden.

## Leistung hatte schon genug Gesellschaft!

Die beste Pflege, Behandlung oder Krankenversicherung ist die, die wir nicht benötigen. Doch insbesondere im Zeitalter der Digitalisierung und der konstanten Erreichbarkeit steigt der Druck und die damit verbundenen Risiken für körperliche und psychische Gesundheit. Die GRÜNE JUGEND Bayern steht für eine Überwindung der Leistungsgesellschaft; Leistung hatte schon genug Gesellschaft! Wir wollen dem Trend der ansteigenden Burn-Out-Zahlen entgegenzuwirken und gute Präventionsangebote für die häufigsten Krankheiten schaffen. Die Verantwortung für Prävention und Gesundheit, darf nicht der Einzelnen überlassen werden. Vielmehr steht die gesamte Gesellschaft - und unter den aktuellen Verhältnissen insbesondere die Arbeitgeber\*innen - in der Pflicht. Gemeinsam sind wir stark! Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern klare Regelungen für Aus- und Ruhezeiten während der Lohnarbeit. Außerhalb der vertraglich vereinbarten und entlohnten Arbeitszeiten darf keine Erreichbarkeit eingefordert werden. Wer erreichbar ist, arbeitet - unabhängig davon, ob die Erreichbarkeit in Anspruch genommen wird oder nicht - und muss dementsprechend entlohnt werden. Bereits in den Schulen müssen Selfcare-Angebote geschaffen werden, um jungen Menschen möglichst früh Techniken zur Stressvermeidung und zum Stressabbau beizubringen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert weiter einen gesetzlich garantierten Stress-Abbau-Tag pro Jahr für alle lohnabhängigen Beschäftigten, die 20 Stunden oder mehr in der Woche arbeiten. An diesem Tag sollen bei vollem Lohnausgleich Fort- und Weiterbildungen für Techniken zur Stressvermeidung und zum

Stressabbau besucht werden. Die durch die Teilnahme entstehende Fahrtkosten und Anmeldegebühren sind von den Arbeitgeber\*innen zu tragen.

Ein Recht auf Rausch in Sicherheit!

Die restriktive Drogenpolitik Bayerns zeigt Wirkung, aber keine positive. Denn in Bayern sterben bundesweit die meisten Menschen an den Folgen von Drogenkonsum und das nicht trotz, sondern auch wegen der Null-Toleranz-Politik der CSU-Regierung in diesem Feld. Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für die Legalisierung aller Drogen und umfangreiche Informations- sowie Präventionsmaßnahmen ein; wir stehen für ein Recht auf Rausch für alle Menschen. Wir erkennen, dass Drogenkonsum grundsätzlich verschiedene und zum Teil erhebliche Risiken birgt, denen nach einer Legalisierung jedoch deutlich besser begegnet werden kann.

Denn bei der Legalisierung geht es auch darum, Konsument\*innen zu schützen. Durch Kriminalisierung wird nämlich niemandem geholfen. Im Gegenteil, der Konsum wird unsicherer, da was offiziell nicht existieren und vertrieben werden darf auch nicht auf toxische Inhaltsstoffe überprüft werden kann. Deshalb fordern wir die Einführung eines Drogeninformationszentrums (DIZ) wie es in der Schweiz bereits realisiert wurde. Das DIZ soll neben Drogeninformation und -beratung auch stationäres Drug Checking in allen größeren Städten Bayerns anbieten. Hier können Konsument\*innen ihre Rauschmittel anonym und kostenlos auf toxische Inhaltsstoffe testen lassen. Im ländlichen Raum könnten Schnelltests zum Beispiel durch mobile Drug-Checking-Busse realisiert werden, die zwischen verschiedenen Orten rotieren. Zudem fordern wir, den rechtlichen Rahmen anzupassen, um Kommunen und Bezirken die Möglichkeit zu geben, Drogenkonsumräume einzuführen. Drogenkonsumräume ermöglichen Akuthilfe bei einer lebensgefährlichen Überdosis, tragen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten durch unhygienische Bedingungen beim Konsum bei und sind eine wichtige Möglichkeit, suchtkranke Menschen an weiterführende Hilfsangebote zu vermitteln. Drogenkonsumräume sind damit eine wichtige Ergänzung zu Suchtberatungsstellen. Zudem muss der Einsatz des Heroinsubstitutionsmittels Methadon über intravenöse Verabreichung ausgebaut werden. Außerdem soll es Streetworkern erlaubt werden den Opioid Antagonisten Naloxon nach geeigneter Schulung einzusetzen und Abhängige zu schulen und auszustatten. Zusätzlich fordern wir die Abgabe von Methadonsprays zur nasalen Selbsteinnahme, sodass Betroffene nicht vom täglichen Arztbesuch abhängig sind, um Abhängigen die Möglichkeit zu geben, bei einer Überdosis untereinander schnell helfen zu können.

Saubere Luft statt Smog!

Zu guter Gesundheitspolitik gehört auch, die Ursachen für Krankheiten einzudämmen. Durch die Folgen von Luftverschmutzung, insbesondere durch Feinstaub und Stickoxide, sterben in der BRD

jährlich mehrere zehntausend Menschen. Die Luftverschmutzung ist in den Städten besonders stark und geht vor allem von Autos aus und ist gesundheitsgefährdend. Es muss Schluss sein mit atemlos durch die Stadt! Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen langfristig eine deutliche Reduktion des Autoverkehrs und ein Verbot von Neuzulassungen von Autos mit fossilem Verbrennungsmotor ab 2030. Kurzfristig muss die blaue Plakette bundesweit eingeführt und in Bayern die Ausrufung von Feinstaubalarm ermöglicht werden. Bei Feinstaubalarm müssen alle Autos ohne blaue Plakette gemäß den Vorgaben des Beschlusses der GRÜNEN JUGEND Bayern vom Landesjugendkongress in Regensburg 2017 mit einem Fahrverbot im betroffenen Bereich belegt werden. Zudem müssen in den Städten zusätzliche Grünflächen mit Bäumen geschaffen werden. So können wir kurz- und langfristig die Luftverschmutzung in den Städten und damit die Gesundheitsrisiken für viele Menschen verringern.

**Auch an Hochschulen: Attest muss reichen!**

Bei Krankmeldung etwa bei einer Prüfung verlangen bayerische Hochschulen und Universitäten häufig nicht nur ein Attest, sondern eine Liste mit den am Krankheitstag vorliegenden Symptomen. Auf deren Grundlage entscheiden dann die jeweiligen Prüfungskommissionen – in der Regel ohne medizinische oder psychologische Fachkenntnisse – darüber, ob tatsächlich eine Prüfungsunfähigkeit vorliegt. Für diesen Vorgang werden Studierende genötigt, ihre Ärzt\*innen teilweise von der Schweigepflicht zu entbinden. Die GRÜNE JUGEND Bayern bewertet diese Praxis als entwürdigend, sie verletzt elementare Rechte der Studierenden und ist aus Perspektive des Datenschutzes mehr als problematisch. Für uns ist klar: Zur Abmeldung von Klausuren oder zur Verlängerung von Fristen muss ein einfaches ärztliches Attest reichen. Der rechtliche Rahmen ist dementsprechend anzupassen.

**Diskriminierung beim Blutspenden beenden!**

Auch in der Medizin gibt es zahlreiche Diskriminierungen in allen Lebenssituationen, die gestoppt werden müssen. So werden Männer, die mit Männern schlafen, beispielsweise kategorisch vom Blutspenden ausgeschlossen. Die GRÜNEJUGEND Bayern stellt sich gegen die pauschale Vorverurteilung von Homosexuellen; diese sind nicht unter Generalverdacht einer HIV-Erkrankung zu stellen. Die Frage der sexuellen Orientierung darf beim Blutspenden keine Relevanz haben. Außerdem spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern gegen sogenannte "Risikogruppen durch sexuelles Verhalten" aus.

**Medizinische Versorgung im ländlichen Raum stärken!**

Gerade in ländlichen Bereichen Bayerns ist die medizinische Versorgung häufig nicht ausreichend. Abseits der großen Städte ist es oft schon schwer, überhaupt eine\*n Hausärzt\*in zu finden. Um



zu Spezialist\*in und Fachärzt\*innen zu gelangen, müssen häufig sehr weite Wege zurückgelegt werden. Gerade Hausärzt\*innen gehören jedoch unbedingt zur absoluten Grundversorgung. Hierfür müssen Anreize für Ärzt\*innen geschaffen werden, um in den ländlichen Raum zu ziehen. Beispielsweise über ein zugesichertes Einkommen, unabhängig der Patient\*innenzahl. Wir lehnen Methoden, wie etwa die Senkung des Numerus Clausus bei einer gleichzeitigen Verpflichtung, nach Ende des Studiums auf dem Land zu arbeiten, ab. Stattdessen fordern wir, das Budget des Programms zur Förderung von Ärzt\*innen, die Praxen im ländlichen Raum eröffnen möchten, zu erhöhen und an die jeweiligen Lebenshaltungskosten in der Region anzupassen.

**Wasser ist ein Menschenrecht!**

Einwandfreies und sauberes Trinkwasser ist die Grundlage für das Leben des Menschen und wurde deshalb auch von der UN mit der Resolution 64/292 als Menschenrecht anerkannt. Deshalb gilt es, dieses Menschenrecht weltweit zu garantieren und für alle Menschen umzusetzen. Die GRÜNE JUGEND Bayern spricht sich gegen jegliche Privatisierung von Wasser aus, da hierdurch der Zugang zu Wasser eingeschränkt wird. Um sauberes Trinkwasser gewährleisten zu können, benötigt es zudem Wasseraufbereitungsanlagen. Hierfür müssen transnationale Standards entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden.

Die wirtschaftliche Nutzung von Wasser muss weltweit unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit geschehen. Auch diese Thematik muss global angegangen werden und internationalen Richtlinien folgen. Es darf nicht sein, dass Staaten gegeneinander ausgespielt werden und die Bevölkerung durch eine massive Wasserentnahme Schäden erleidet. Auch in Bayern gibt es viele Produktionsstätten, welche Wasser unter anderem zur Kühlung nutzen. Hier wird das Wasser aus nahegelegenen Flüssen oder anderen Gewässern entnommen und nach dem Produktionsprozess wieder zurückgeführt. Um die Qualität des Wassers nicht zu gefährden, braucht es strenge Vorgaben und regelmäßige Kontrollen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass das rückgeführte Wasser der Qualität des entnommenen Wassers entsprechen muss!

**Nur wirksame Medikamente erstatten!**

Homöopathische Präparate, also solche ohne pharmakologischen Wirkstoff, sind nachweislich als Medikamente unwirksam. Das zeigen viele verschiedene wissenschaftliche Studien. Dennoch werden die Kosten für Homöopathie von einigen Krankenkassen erstattet. Dieses Geld ist anderswo besser eingesetzt. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen, dass die Kosten für homöopathische Präparate und Behandlungen nicht mehr von den gesetzlichen Krankenkassen und auch nach der Einführung der Bürger\*innenversicherung nicht von dieser übernommen werden. Gleiches gilt für die Kosten von "Alternativmedizin".

## Medikamentenfälschung eindämmen!

In den letzten Jahren haben Medikamentenfälschungen stetig zugenommen. Diese Entwicklung führte 2013 zur Schaffung eines WHO (World Health Organization) Überwachungssystems. Schätzungen zufolge sind weltweit mehr als zehn Prozent aller verkauften Medikamente gefälscht. Nach aktuellen Erkenntnissen ist jeder Staat von diesem Problem betroffen. Fälschungen können eine falsche Dosierung beinhalten, komplett ohne Wirkstoff sein oder gar falsche oder toxische Wirkstoffe enthalten. Hierfür braucht es strenge transnationale Kontrollen und ein wirksames Konzept zur Bekämpfung von Medikamentenfälschungen!

## Gesundheit transnational denken!

Uns ist bewusst, dass von neuen Medikamenten und weiteren Innovationen im Gesundheitsbereich häufig nur die Menschen im Globalen Norden profitieren können. Das Ziel einer emanzipatorischen Politik muss es aber sein, dass Medikamente und medizinische Versorgung und Innovation überall dort verfügbar sind, wo sie von Menschen benötigt werden. Und nicht nur dort, wo sie gewinnbringend vertrieben werden können. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine deutliche Kürzung der Patentzeiten auf Medikamente und weitere Innovationen im Gesundheitsbereich sowie stärkere Investitionen in die öffentliche Forschung.

Beschlossen auf dem 41. Landesjugendkongress der GRÜNEN JUGEND Bayern am 25. November 2017 in Landshut.